Montag, 9. März 1925 · 73. Jahrgang Nr. 115

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Chefredakteur: Otto Nuschke, Berlin-Steglitz.

Einheitsbrot	0,50	Wasser ... cbm	0,15
Milch ...	0,32	Reichsindex ...	125,1
Briketts Keller Ztr.	1,53	Stressenbahn ...	0,15
Gaskoks Keller Ztr.	2,22	Hochbahn II. 0,25, III.	0,15
Stromo Grundzeb.	0,18	Stadtbahn II. 0,25, III.	0,15
Gas ... cbm	0,18	Omnib Teil 0,15, g. Str.	0,20

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fischen reichlich — Preise unverändert

Kabeljau 0,35—0,80, Seelachs 0,20—0,60, Schellfisch 0,50—1,50, Rotbars 0,40 bis 0,60, Flundern 0,20—0,50, Dorsch 0,25 Bleie 0,40—1,00; lebend: Aale 2,40—4,00 d. Pfd.; Butter 2,00—2,40 das Pfund, Eier 0,10—0,18 das Stück. d. Pfd., grüne Heringe 5 Pfd. 0,90; in Eis: Hechte 0,90—1,50, Zander 0,90—2,30, Karpfen 1,25—2,00, Hechte 1,10 bis 1,80, Bleie 0,80—1,50; Schleie 2,20 bis

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Tel. 0,15, ausw. u. Zon. u. Zeit Telegr. d. Wort Berlin 0,05
Rohrpost. 0,36, -brief 0,40 Dtschl.-Belg., Dän., Danz., Lit.,
Postk. 0,03, F. u. Gest. 0,05 Ndrl., Schweiz 0,10, Frankr. 0,16
Ausl. 0,15, Tschech. u. Ung. 0,10 Dtschösterr., Norw., Tschech. 17
Brief 0,05, Fern- u. Gest. 0,10 Ital. 19, Ungarn 21, Grossbrit. 27
Ausl. 0,25, Tschech. u. Ung. 0,20 Russl. 35-41, Ver. Staat. 125-295

Keine Verschärfung des Eisenbahnerstreiks

Anschluß Tempelhofs und Treptows an den Streik – Am Mittwoch Einigungsverhandlungen – Aufrechterhaltung des Eilgüterverkehrs

Die Lage im Eisenbahnerstreik hat keine wesentliche Veränderung erfahren. In Berlin haben sich heute den Streikenden die Arbeiter von den Rangierbahnhöfen Tempelhof und Treptow angeschlossen. In Dresden streiken von 30 000 Eisenbahnarbeitern etwa 5000 und in Breslau ist von den Streikenden bereits ein großer Teil zur Arbeitsstätte zurückgekehrt, so daß dort etwa nur noch 300 Mann im Ausstand verharren. Die Hauptverhandlungen zwischen der Direktion der Reichseisenbahnverwaltung und den Organisationen der Streikenden finden, entgegen anderslautenden Meldungen, erst am Mittwoch vormittag im Verkehrsministerium statt. Bis dahin wird von anderen maßgebenden Stellen, so auch vom Reichsarbeitsministerium, der Versuch gemacht werden, durch einen Schlichtungsausschuß die Streitigkeiten zu beendigen.

*

Seitens der Reichseisenbahnverwaltung wird uns hierzu mitgeteilt, daß von einer Verschärfung der Streiklage heute nicht mehr gesprochen werden kann. Die Bahnverwaltung ist bemüht, jeglichen Güterverkehr aufrecht zu erhalten und hat zu diesem Zwecke zahlreiche Beamte der Personalbetriebshilfe mit den Arbeiten der Streikenden betraut, so daß auf fast allen Bahnhöfen der Eilgüterverkehr abgewickelt wird.

Der Allgemeine Eisenbahnerverband teilt uns zu der Streiklage folgendes mit: Die Tarifgewerkschaften der Eisenbahner, insbesondere solche aus dem besetzten Gebiet, hatten sich dazu entschlossen, am 31. Januar die Lohnparagraphen des Tarifvertrages mit Wirkung zum 28. Februar zu kündigen. Im Wege der gütlichen Verständigung sollte mit der Verwaltung der Reichseisenbahn eine Einigung in der Lohnfrage erzielt werden. Der Unwille der am niedrigsten entlohnten Eisenbahner war inzwischen noch mehr gestiegen, als in Erfahrung gebracht wurde, daß den höheren Eisenbahnbeamten außerordentliche Sonderzulagen gezahlt wurden, während die geringe Lohnerhöhung der Eisenbahnarbeiter angeblich von der Direktion nicht getragen werden konnte. Dies gab Anlaß, daß in Sachsen die Arbeiter auf den Güterbahnhöfen der Eisenbahn in den Streik traten und dieser sich jetzt auf fast alle Großstädte ausdehnte. Die Lage verschärfte sich dadurch noch besonders, daß in der vergangenen Woche bei den Lohnzahlungen den Arbeitern für die fünf Minuten Trauerpause, die zu Ehren des verstorbenen Reichspräsidenten allgemein angesetzt worden war, ein Lohnabzug von einer halben Stunde eingesetzt wurde.

*

Dresden, 9. März.

Die Reichsbahndirektion Dresden erklärt heute, in Sachsen befänden sich 4700 Eisenbahner im Ausstand. Im Güterzugverkehr hätten durch die am Sonntag durchgeführte Wochenarbeit die Rückstände aufgearbeitet werden können. Neu in den Ausstand getreten sind heute die Eisenbahnarbeiter in Krimmitschau.

Schnelldienst

Herriot ist gestern vormittag in Begleitung des Arbeitsministers und des Handelsministers zum Besuch der Messe in Lyon eingetroffen.

Die Verhandlung im Prozeß Sadoul beginnt am 31. März vor dem Kriegsgericht in Orléans.

Der Reichsernährungsminister Graf Kanitz hatte gestern in Köln eine Besprechung mit Herren der rheinischen Landwirtschaft.

Die Ortsgruppe München der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung (Völkischer Block) hat sich durch Versammlungsbeschluß aufgelöst.

General Brancker, der Chef der britischen zivilen Luftschiffahrt, ist auf dem Rückflug von Indien über Belgrad und Budapest in Wien eingetroffen.

Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, der frühere Landrat des Kreises Frankenstein in Schlesien, ist im Weißen Hirsch bei Dresden gestorben.

Die Konferenz der kleinen Entente, die für den 15. März in Bukarest einberufen war und zu der auch Bulgarien eingeladen war, findet erst Ende März oder Mitte April statt.

Der griechische Innenminister Condylis stellt die Gerüchte von seiner Amtsniederlegung entschieden in Abrede.

In Neuschottland ist ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen, an dem 12 000 Arbeiter teilnehmen.

Gestern vormittag wurde in Essen die Lebens- und Genußmittelausstellung eröffnet.

Der Generalstreik ist auf sämtlichen griechischen Eisenbahnen ausgebrochen.

Wie „Echo de Paris" erfährt, hat Chamberlain am Sonnabend eine Unterredung mit Clémenteil über die Frage der interalliierten Schulden gehabt.

Der Beginn der Tagung des Völkerbundsrats

Zunächst eine vertrauliche Sitzung – Keine positiven Entscheidungen zu erwarten? Chamberlain will sich informieren – Die Frage des Beitritts Deutschlands

Genf, 9. März.

Die Tagung des Völkerbundsrates nahm heute vormittag 11 Uhr ihren Anfang mit einer vertraulichen Sitzung. Den Vorsitz führt in dieser Session Chamberlain. In Erscheinung, Haltung und Gesichtsbildung weist der britische Außenminister eine außerordentliche Aehnlichkeit mit seinem berühmten Vater auf. Der Rat ist in einem der Komiteezimmer versammelt; die Sitzung trägt den Charakter einer zwanglosen Aussprache über die Tagesordnung.

Man wird gut tun, von dieser Ratssitzung keine nach außen hin sichtbare positive Entscheidung in den großen europäischen Streitfragen zu erwarten. Chamberlain hat auf der Reise hierher seiner Umgebung gegenüber ausdrücklich betont, daß der Zweck seines Aufenthaltes in Genf nur sei, sich mit dem Gang der Völkerbundsgeschäfte vertraut zu machen, mit den Ratsmitgliedern persönliche Fühlung zu gewinnen und für die schwebenden Fragen des Garantiepaktes, der Sicherheit und der Abrüstung, die verschiedenen Meinungen möglichst genau festzustellen und den Standpunkt jeder der beteiligten Staaten mit dessen Vertreter zu erörtern. Deshalb wird sich das sachlich Wichtige hinter den Kulissen, in den Konferenzräumen des Völkerbundshauses oder in den Hotels der verschiedenen Delegationen abspielen. Das, was sich bei diesen vertraulichen Besprechungen ergibt, wird als Richtlinie für die Weiterentwicklung der Fragen in London, Paris, Brüssel, Rom, Warschau, und wohl auch in Berlin dienen. Im Hintergrund aller Fragen steht diejenige des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund. Man kann als eines der augenblicklichen Ziele der britischen Politik die Herbeiführung des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund betrachten.

Londoner Stimmen zur Sicherheitsfrage

Die Unmöglichkeit der gegenwärtigen deutsch-polnischen Grenze

London, 9. März (W. T. B.).

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, wie erwartet sei nichts Greifbares und Endgültiges aus den Pariser Besprechungen hervorgegangen. In London nehme man kaum an, daß eine endgültige Entscheidung vor dem Sommer oder vielleicht auch vor Anfang Herbst erzielt werde. Es sei fast sicher, daß wegen der osteuropäischen Fragen langandauernde Schwierigkeiten entstehen würden.

Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, von britischer Seite werde die Pariser Meldung, Chamberlain habe die Meinung vertreten, daß der Pakt stärker sein würde, wenn er sieben Staaten umfasse und Polen und die Tschechoslowakei einschließe, nicht bestätigt. **Der Korrespondent vermutet, daß, wenn der Gedanke eines Fünfländerpaktes festere Gestalt annehme, in Frankreich eine Bewegung dagegen eingeleitet werden würde.**

Der Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt zu den Besprechungen zwischen Chamberlain und Herriot, daß diese bisher noch keine gemeinsame politische Front ergeben hätten. Ein wichtiges Ergebnis sei jedoch sicher erreicht: **Die britische und französische Regierung stimmten nämlich darin überein, daß es notwendig sei, Deutschland eine unbedingte und faire Möglichkeit dafür zu geben, in das europäische Konzert unter der Voraussetzung der Gleichberechtigung einzutreten, um seinerseits an der allgemeinen Befriedigung Europas mitzuwirken.**

Der Korrespondent teilt mit, die britische Regierung habe keineswegs die Absicht, die im Friedensvertrag festgelegte Besetzungsfrist für das Rheinland zu verkürzen und denke nicht daran, die Bedeutung des Versailler Vertrages zu vermindern, doch könnten „Regelungen außerhalb des Vertrages getroffen werden, die, wenn sie von Deutschland freiwillig angenommen würden, zu einer Kompensation berechtigten.

Die liberale „Westminster Gazette" betont ebenfalls, daß das deutsche Angebot eine neue Lage schaffen würde. **Es sei müßig, anzunehmen, daß das englische Volk das Risiko eines Krieges für die Aufrechterhaltung von Vereinbarungen territorialer Art übernehmen werde, die nach der Auffassung der aufgeklärten öffentlichen Meinung eine grundsätzliche Ungerechtigkeit darstellten.** Gerade diese Erwägung gebe dem von Deutschland gemachten Anerbieten seine wirkliche Bedeutung.

Der „Observer" schreibt u. a.: „Die deutsche Regierung habe nicht — und kein vernünftiger Mensch erwarte dies — eine gleiche Zusagen bezüglich der Ostgrenzen des Deutschen Reiches gemacht. **Jede deutsche Regierung, jeder Deutsche vom äußersten Nationalisten bis zum äußersten Pazifisten trete für die Aenderung der jetzigen polnisch-deutschen Grenze ein.** Das Blatt hebt hervor, daß der Artikel 19 der Völkerbundssatzung Revisionen des Vertrages ermögliche, und erklärt, es sei unbedingt sicher, daß ohne eine Aussicht auf Erleichterung oder Aenderung die Fortdauer der bestehenden Verhältnisse an der polnisch-deutschen Grenze den Weltfrieden gefährden werde. Die Anregungen, die Deutschland in London, Paris und Rom unterbreitet habe, fähen zum erstenmal ein Zusammenwirken in einer praktischen Gestalt vor.

Eine Stimme gegen Englands Teilnahme am Pakt

Lord Beaverbrooks „Sunday Expreß" setzt seine Kritik an einer Paktbeteiligung Großbritanniens fort. Das Blatt weist nach, daß Frankreich trotz der entgegengesetzten Behauptungen der französischen Regierungen außerordentlich reich sei, sein Geld aber statt zur Bezahlung seiner Schulden für Rüstungen ausgebe. England müsse daher erstens für ein Heer zum Schutze Frankreichs gegen Deutschland und zweitens für eine Flotte und für Luftstreitkräfte zum Schutze Englands gegen Frankreich zahlen. **Ein Garantiepakt würde damit enden, daß „die Gebeine britischer Grenadiere auf den Ebenen Schlesiens bleichen würden".**

Dr. Luther wieder unterwegs. Reichskanzler Dr. Luther hat den von Professor Egmont Körner geschaffenen Neubau der Essener Börse bereits gestern besichtigt, da er verhindert ist an den am Montag stattfindenden Eröffnungsfeierlichkeiten teilzunehmen.

Tritt Braun zurück?

Einmütige Verurteilung der sozialistischen Sonderkandidatur

Der Gedanke einer sozialistischen Sonderkandidatur für die Reichspräsidentenschaft wird in der republikanischen Presse, abgesehen von der sozialistischen, einmütig und scharf verurteilt. Es ist überaus bezeichnend, daß es weniger die Parteiblätter als gerade die unabhängigen und überparteilichen republikanischen Organe sind, die die Sonderkandidatur am schroffsten ablehnen. So sagt Herr v. Gerlach in der „Welt am Montag", daß ihm „kaum ein so grober taktischer Fehler aus der ganzen Geschichte der Sozialdemokratie erinnerlich ist", wie die Sonderkandidatur Braun. Der „Montag Morgen" faßt seine geradezu vernichtende Kritik in folgenden Sätzen zusammen:

„Die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren und Monaten eine Politik betrieben, die ihre Stimmenzahl sehr ansehnlich vermehrt, zugleich aber — ein Paradoxon ohne Beispiel! — ihren politischen Einfluß fast vernichtet hat. Dieser Politik der Parteipäppelung unter gleichzeitiger politischer Kastration wollen die Herren um Hermann Müller offenbar auch weiterhin zähe treu bleiben. Sie werden am Tage nach der Wahl jubelnd feststellen, daß ihre Stimmenzahl größer ist als diejenige irgendeiner anderen Partei, und die kleine Tatsache, daß trotzdem ein Rechtsmann gewählt worden ist, wird ihnen von keiner erheblichen Bedeutung scheinen. Für uns aber, für die Politik gleichbedeutend ist mit der Fähigkeit, Ziele zu erreichen, — eine Fähigkeit, die wir jetzt wieder in hohem Grade auf der Rechten, mit seinem Splitterchen aber bei der Sozialdemokratie sehen! — was sollen wir zu einer Partei sagen, die darauf besteht, sich selbst umzubringen, und die jeden Versuch einer vernünftigen Erfolgspolitik in dem Lager, dem sie selbst angehört, immer wieder vernichtet? Die Herren mögen sich nicht wundern, wenn ihnen gesagt wird, daß sie mit solcher Taktik jede letzte Lust zerstören, sich auf Kooperationen mit ihnen überhaupt noch einzulassen. Bündnisfähig ist nur die Vernunft, nicht die Idiotie, politisch bündnisfähig ist nur, wem es auf Ergebnisse, nicht auf Manifestationen ankommt. Davon bemerkt man in der Partei Hermann Müllers zurzeit keine Spur."

Das „Berliner Tageblatt" sieht in dem Beschluß vor allem ein Versagen der Führerschaft.

„Der Entschluß der obersten sozialdemokratischen Parteiinstanzen, für den ersten Wahlgang des Kampfes um die Reichspräsidentschaft eine Sonderkandidatur ihrer Partei aufzustellen, wird in weiten Kreisen der verfassungstreuen Parteien nicht verstanden und aufs stärkste bedauert werden. Dieses Bedauern richtet sich nicht gegen die Person des auf den Schild Erhobenen; im Gegenteil, wenn die Sozialdemokratie durchaus einen Bewerber aus den eigenen Reihen präsentieren wollte, so konnte sie nach Löbes Abtage keinen besseren Mann finden. Aber daß sie in dieser entscheidenden Frage den Parteiegoismus nicht überwinden und ihrer Anhängerschaft nicht die vielleicht weniger populäre, aber durch die höhere Rücksicht auf die Festigung der Republik gebotene Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten der verfassungstreuen Parteien zu empfehlen wagte, ist ein Versagen der Führerschaft." Diese Stunde erforderte eine Politik auf weite Sicht, nicht ein schwächliches Zurückweichen vor den Bedenklichkeiten lokaler Parteifunktionäre. Wirkliche Führerschaft heißt: Die Kraft haben, Widerstrebende zu überzeugen und sie von kleinlichen Rücksichten der Agitation zu großen Zielen der Staatsnotwendigkeit fortzureißen. Diese Kraft hat den Häuptern der Sozialdemokratischen Partei am gestrigen Tage unzweifelhaft gefehlt. Wir sind gewiß, daß dieser Entschluß auch in weiten einsichtigen Kreisen der sozialdemokratie mißbilligt werden wird."

Auch die „Vossische Zeitung" nennt die sozialistische Sonderkandidatur „höchst bedauerlich", und sie betont, daß man schon um des moralischen Eindrucks willen die republikanische Einheitsfront sofort hätte bilden müssen.

Bei dem sozialdemokratischen Beschluß springt vor allem die Instinktlosigkeit der Führung in die Augen. Die „B. Z.", die den Standpunkt der Sozialdemokraten „doktrinär und taktisch falsch" nennt, hofft, daß Otto Braun an Staatsklugheit seine Parteigenossen übertrifft und durch nachträgliche Ablehnung der Kandidatur den Weg für eine republikanische Einheitsfront frei macht.